

Kommunalpolitische Forderungen zur Armutsbekämpfung  
Referat zur 49. Kreisverbandskonferenz der SJD-Die Falken KV  
Essen  
von Norbert Kozicki

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich freue mich darüber, dass ich wieder einmal Gelegenheit habe, in einem fortschrittlichen Kreisverband unseres Verbandes vortragen zu dürfen, besonders zu diesem Thema.

„Kommunalpolitische Forderungen zur Armutsbekämpfung“ lautet das Thema nach Eurer heutigen Tagesordnung für die KVK. Ich möchte diese Themenstellung etwas präzisieren auf die Bekämpfung der Armut bei Kindern und Jugendlichen.

Zunächst möchte ich zwei Vorbemerkungen zu zwei Vorgängen machen, die viel mit unserem heutigen Thema zu tun haben.

1. Wir alle sind Zeitzeugen einer gigantischen weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise des übriggebliebenen Kapitalismus. Es ist die größte Krise seit der Weltwirtschaftskrise von 1929. Der große marxistische Historiker, Eric Hobsbawn vom Jahrgang 1917, der heute in London lebt, formulierte vor einigen Tagen in einem Interview im „Stern“:

„Mir, der ich die Große Depression miterlebt habe, fällt es immer noch unfassbar schwer zu verstehen, wieso die Ideologen der entfesselten Marktwirtschaft, deren Vorgänger schon einmal so eine fürchterliche Katastrophe, also Armut, Elend, Arbeitslosigkeit, letztendlich auch den Weltkrieg mitverursacht haben, in den späten Siebzigern, den 80er, 90er Jahren des vergangenen Jahrhunderts wieder das Sagen haben konnten...Wir haben vor allem Theologen des Marktes mit einem kindlichkindischen Glauben, dass der Markt alles von allein regeln wird. Sie verschließen die Augen vor der Wirklichkeit, das macht sie so gefährlich für die Menschheit.“ Und er ergänzt an späterer Stelle: „Keiner kann wissen, wie wir aus der Krise

kommen, denn so etwas wie heute hat es noch nie gegeben.“ (Quelle: Stern, 17.5.2009)

2. Die Krise und der sogenannte Strukturwandel im Ruhrgebiet marschieren weiter: vorgestern Rheinhausen platt, gestern Nokia platt, heute Opel ganz, halb oder dreiviertel platt, morgen ThyssenKrupp und Karstadt platt ? Die jetzige Krise bedroht das Ruhrgebiet ernsthaft mit dem „Abstieg in die Zweite Liga“. Das nördliche Ruhrgebiet und jetzt auch die Mitte drohen zu „neuen Ländern“, zu Dunkeldeutschland, zu werden: „ohne jede Zukunftsfähigkeit – mit intellektuell wie finanziell verelendeter Jugend, die schon ohne Hoffnung ins mittlere Alter wächst“, wie Professor Jürgen Link in der Ausgabe des „amos“ formuliert. (Quelle AMOS, 2/2009). Als eine der Konsequenzen aus dieser Situation sieht der Alt-68er Link folgendes: „Heute, wo selbst CDU-Politiker die unkeuschen Worte von Enteignung und Verstaatlichung in den Mund nehmen, darf es keine Denkverbote mehr geben.“

Im Zusammenhang mit dem Begriff der Denkverbote möchte ich das Ergebnis einer Umfrage des Berliner Wissenschaftszentrums und des Mannheimer Zentrums für Umfragen aus dem Jahr 2006 zitieren. Die Forscher fanden u.a. heraus, was die wachsende Demokratieverdrossenheit hauptsächlich auslöst. Die große Mehrheit will nämlich etwas festhalten, was Politiker fast aller Parteien ihnen seit gut einem Jahrzehnt nehmen wollen: den demokratischen und sozialen Bundes- und Rechtsstaat nach Grundgesetz-Artikel 20 und 28. Weiterhin stellten die Forscher fest, dass drei Viertel der Bevölkerung in den neuen Bundesländern und fast die Hälfte der Bevölkerung in den alten Bundesländern eine sozialistische Demokratie verlangten. Die Überschrift des entsprechenden Artikels lautete: „Kaum zu glauben: Die Mehrheit will Sozialismus.“

Liebe Genossinnen und Genossen,

das sollte uns allen Mut und Kraft geben, unsere politischen Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit offensiv in die politische

Öffentlichkeit auch in den Kommunen einzubringen, besonders im Interesse der Kinder und Jugendlichen.

Liebe Genossinnen und Genossen,

ich komme zum eigentlichen Thema zurück.

Als Einstieg zur Diskussion über die möglichen kommunalpolitischen Forderungen, die ihr heute beschließen könnt, möchte ich die aktuellen Zahlen zum Ausmaß der Armut bei Kindern und Jugendlichen in Nordrhein-Westfalen und Essen vortragen.

Am 18. März diesen Jahres hat der amtierende Sozialminister der Landesregierung den Bericht „Prekäre Lebenslagen von Kindern und Jugendlichen in NRW“ vorgestellt.

### **Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse**

- In Nordrhein-Westfalen leben rund 776.000 Kinder und Jugendliche in einem einkommensarmen Haushalt. Damit tragen Minderjährige ein überdurchschnittlich hohes Armutsrisiko. 2007 lebt fast jedes vierte Kind im Alter von unter 18 Jahren in einem einkommensarmen Haushalt (24,3 %). Die Armutsrisikoquote der Bevölkerung insgesamt beträgt 14,1 %.
- Mit zunehmender Zahl der minderjährigen Kinder, die im Haushalt zu versorgen sind, steigt das Armutsrisiko. Denn zum einen steigt mit jedem Kind der finanzielle Bedarf des Haushalts, zum anderen nehmen aufgrund der mit der Kinderzahl steigenden Betreuungsanforderungen die zeitlichen Spielräume für die Erwerbsbeteiligung der Eltern ab.
- Kinder von Alleinerziehenden sind überdurchschnittlich häufig von Einkommensarmut betroffen: Mehr als zwei Fünftel (42,6 %) leben in einem einkommensarmen Haushalt. Dennoch ist festzustellen, dass fast drei Viertel (73,6 %) aller von Einkommensarmut betroffenen Kinder in einem Paarhaushalt aufwachsen.

- Das Armutsrisiko der Kinder hängt wesentlich von der Erwerbsbeteiligung der Eltern und der Qualifikation der Haupteinkommensbezieherin bzw. des -beziehers ab. Neben der Erwerbslosigkeit der Eltern stellen auch ein geringer Umfang der Erwerbsbeteiligung und Niedrigeinkommen der Eltern ein Armutsrisiko dar. Die Vollzeiterwerbstätigkeit nur eines Elternteils reicht vor allem bei Geringqualifizierten häufig nicht aus, um die Familie vor Einkommensarmut zu bewahren.
- Kinder mit Migrationshintergrund haben ein deutlich überdurchschnittliches Armutsrisiko (41,4 %). Dies hängt wesentlich mit den schlechten Arbeitsmarktchancen und Verdienstmöglichkeiten ihrer Eltern zusammen.
- Auch wenn die Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen betrachtet wird, zeigt sich ein überdurchschnittliches Armutsrisiko der Kinder. Die SGB II-Quote der unter 15- Jährigen lag im Juni 2008 mit 17,8 % deutlich über derjenigen der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren (9,9 %).
- Innerhalb Nordrhein-Westfalens zeigen sich starke regionale Unterschiede hinsichtlich des Anteils der Kinder, die von SGB II-Leistungen abhängig sind: Auf Kreisebene lag im Juni 2008 die niedrigste SGB II-Quote von Kindern im Alter von unter 15 Jahren bei 6,5 % (Coesfeld) und die höchste bei 33,2 % (Gelsenkirchen).

Die SGB II-Quote von Kindern im Alter von unter 15 Jahren für Essen liegt bei 30,1% im Juni 2008.

Aufgrund der innerstädtischen sozialen Segregation sind die Unterschiede zwischen den SGB II-Quoten innerhalb der Städte zum Teil noch deutlicher als zwischen den Kreisen und kreisfreien Städten.

Die Zahlen aus der Sozialberichterstattung der Stadt Essen (Stand Dezember 2007) zeigen, dass die SGB II-Quote für die unter 18 Jahren in Essen zwischen 62% (Stadtkern) und 2,9% (Schuir) schwankt.

Diese innerstädtische Differenzierung wird für die Lebenswelten und Sozialräume entsprechende Konsequenzen haben. D.h. auch die Forderungen zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen sollten diese sozialräumlichen Unterscheidungen berücksichtigen. Einrichtungen und Maßnahmen in den problembelasteten Stadtteilen müssen wesentlich besser finanziell und personelle ausgestattet werden, aber nicht auf Kosten der Einrichtungen und Maßnahmen in anderen Stadtteilen.

In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach dem Bedarf z.B. von freizeitpädagogischen Einrichtungen in den Stadtteilen. Der aktuelle Familienbericht der Stadt Gelsenkirchen beinhaltet ein Befragungsergebnis bei Familien, das besagt: über 70% aller Eltern vermissen in ihren Stadtteilen fußläufig erreichbare freizeitpädagogische Einrichtungen für ihre Kinder. Das zum Thema Bedarf. Auch gilt es mutig und offensiv neue Einrichtungen z.B. der Offenen Kinder- und Jugendarbeit zu fordern.

In der letzten Woche veröffentlichte die Bundesagentur für Arbeit die Eckdaten zur Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II, sprich die Daten zu den Menschen, die in Essen im HartzIV-Bezug leben:

Bedarfsgemeinschaften	40.333
Personen in Bedarfsgemeinschaften	79 193
Personen unter 25 Jahre	33.028
Personen unter 15 Jahre	21.465

Im Rahmen einer Projektentwicklung des Falken Bildungs- und Freizeitwerks NRW und dem Progressiven Eltern- und Erziehverband NRW zum Thema Kommunale Bildungslandschaften berichtete vor kurzem ein Schulleiter einer Förderschule aus Bochum:

Vor 5 Jahren lebten ca. 30% der Erziehungsberechtigten in einer Schulklasse auf Sozialhilfeniveau, also in der Zeit vor Hartz IV. Heute sind es bereits 70% auf dem Niveau von Hartz IV.

In einer Klasse mit 27 Kindern erhalten 13 Hilfen zur Erziehung. 5 Kinder sind aus den Familien/Lebensgemeinschaften genommen worden. Sie sind in Obhut genommen worden. Eins der Kinder aus der Schulklasse ist ständig in der Psychiatrie. Das zum statistischen Bild einer Schulklasse im Bereich einer Förderschule.

Fürs Wochenende erhalten die Kinder Care-Pakete, damit sie sich ausreichend an den Tagen ohne Schule ernähren können.

Mentoren versuchen engagiert, den Jugendlichen Eröffnungschancen in die Arbeitswelt zu ermöglichen. Das alles hat mit Armut zu tun.

Diese Situationsbeschreibung zeigt in aller Deutlichkeit, dass die Förderschule ohne Unterstützung durch die Jugendhilfe nicht mehr so recht funktionieren kann. Die Kooperation in diesem Bereich muss im Interesse der Kinder und Jugendlichen intensiviert werden, nicht um die Lehrer zu entlasten, sondern um die Kinder und Jugendlichen zu fördern. Das steht im Vordergrund. Die natürlichen Kommunikationsprobleme von Schul- und Sozialpädagogen relativieren sich dann, sie stehen nicht mehr im Vordergrund mit der Forderung der Kooperation in Augenhöhe.

In diesen Kooperationsprozess müssen die Eltern eingebunden werden. Deswegen sind verstärkte Angebote der Familienangebote in Schulen und Stadtteileinrichtungen zu entwickeln und zu realisieren.

Eine Erkenntnis aus der Armutforschung möchte ich besonders hervorheben:

Nicht alle Kinder, die unter belastenden Lebensbedingungen aufwachsen, gehen in die Armutsspirale mit ihren Verlusten der persönlichen Ressourcen. Die bundesweite Studie der Arbeiterwohlfahrt zum Thema „Zukunftschancen für Kinder !?- Wirkung von Armut bis zum Ende der Grundschulzeit“ belegt, dass auch Kinder, die in armen Lebensgemeinschaften aufwachsen, Wohlergehen und Zufriedenheit äußern können, und zwar in einer

Größenordnung von 15 bis 30% aller von objektiver Armut betroffenen Kinder.

Umgekehrt gibt es auch in Lebensgemeinschaften mit einem sehr hohen Haushaltseinkommen Kinder, die unter Deprivation und Vernachlässigung leiden können.

Beiden Tatsachenfeststellungen widerspricht nicht die Formulierung, dass es wahrscheinlicher ist, dass das Kind im Wohlergehen lebt, je mehr Einkommen die Eltern zur Verfügung haben.

Ich betrachte diese Differenzierung als notwendige Voraussetzung zur Entwicklung von Unterstützungsstrategien für die Heranwachsenden.

Zu den Folgen der Armut bei Kindern.

Die gravierendste Folge ist häufig der Verlust jeglichen Zukunftsdenkens. Hiervon sind alle Lebensbereiche betroffen: die Bildung, die Gesundheit, die berufliche Qualifikation und das Freizeitverhalten. Selbst die Sexualität ist hiervon betroffen: Stichwort sexuelle Verwahrlosung.

Der Rückzug aus dem üblichen gesellschaftlichen Leben zählt zu den auffälligsten psychosozialen Folgen der Armut. Soziale Kontakte sind immer mit Kosten verbunden. Diese Tendenz zur Selbstisolierung lässt sich bei allen armen Lebensgemeinschaften feststellen. Selbstwertgefühl und Selbstbewusstsein der Kinder leiden entsprechend.

In einer Untersuchung von Gerda Holz vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik Frankfurt finden sich folgende Informationen. In der Stadt Brake an der Unterweser wurden zwei Gruppen von Kindern und Jugendlichen befragt, in welchen Netzwerken sie eingebunden sind, wo sie denn ihre Freizeit verbringen und welche Einrichtungen sie nutzen. Bei den „normalen“ Kindern zeigte sich ein relativ geschlossenes Bild: Besuch bei Gleichaltrigen, Nutzung von Sport- und Kulturvereinen, Besuch der Bibliothek, Mitwirkung in der Jugendfeuerwerk und in Schützenvereinen.

Bei den Kindern in sogenannten Unterversorgungslagen passiert folgendes: Die Nutzung der Angebote im Freizeit-, Sport- und Bildungsbereich als Ressourcenstützpunkte findet kaum noch statt.

Diese konkrete Untersuchung zeigt ganz deutlich, dass Kinder in Armut bedeutsam weniger die Freizeit- und Bildungseinrichtungen nutzen: in Brake heißt das konkret, dass die Sportvereine, die Kulturjugendgruppen, die Kreismusikschule, die städtische oder katholische Bibliothek und die kirchliche Kindergruppe von Kindern in sogenannten Unterversorgungslagen kaum bis gar nicht mehr besucht und genutzt werden. Die Nutzung der „wilden Spielplätze“, der Bahngleise, des Sieltiefs oder der Innenstadt nimmt rapide zu (Stichwort Strassensozialisation).

Der Rückzug aus dem gesellschaftlichen Leben lässt sich auch bei den in Armut lebenden Eltern nachweisen. Die Stadt Nürnberg hat im Jahr 2008 eine Befragung zum Thema „Nutzung der Unterstützungsleistungen“ bei armen Familien durchgeführt, die den Nürnberg-Pass erhalten haben. Das wesentliche Ergebnis dieser Befragung war, dass die Angebote zur Unterstützung sehr gering genutzt werden. Noch am häufigsten wird ein Hort oder eine andere Form der Nachmittagsbetreuung für Schulkinder genutzt. Nahezu jede zweite Familie (49,8%) nimmt dieses Angebot wahr.

Mit großem Abstand folgt als nächsthäufige Nutzung die Hausaufgabenhilfe (17,6%), die Beratung durch das Sozialamt (14,5%), die Familienhilfe bzw. der Allgemeine Soziale Dienst (14,1%), die Beratung durch das Jugendamt (13,5%), die Ergotherapie (12,1%) und die Sprachförderung (10,1%). Alle weiteren aufgelisteten Unterstützungsangebote werden mit weniger als 10% angegeben. Besonders hinzuweisen ist auf die geringe Inanspruchnahme von Schulsozialarbeit/Vertrauenslehrer/in (5,7%), Erziehungsberatung (5,8%) und Schuldenberatung (3,8%).

Die Familien mit Migrationshintergrund entsprechen in ihrem Nutzungsverhalten dem Gesamtdurchschnitt. Bei einzelnen

Migrantengruppen zeigen sich aber deutliche Unterschiede, z.B bei Türken und Russen.

D.h. alle diese Dienste und Beratungsstellen müssen in Zukunft sozialräumlich verortet werden. Ihre Angebote für die Unterstützungsleistungen für arme Familien müssen im Stadtteil vor Ort angeboten werden.

Die Kinder- und Jugendarmut hat eine Adresse und zwar in den Vierteln mit den apostrophierten „A-Gruppen“: Arme, Arbeitslose, Alleinerziehende, Ausländer, Alte, Aussiedler. Von den besseren Vierteln unterscheiden sie sich durch unzureichende Infrastruktur, höhere Umweltbelastungen, hohe Fluktuation in Wohnbevölkerung (viele Zu- und Fortzüge) und eine geringe politische Partizipation (Wahlbeteiligung).

Für die geringe politische Partizipation/ Wahlbeteiligung möchte ich ein Beispiel anführen. In einer Recherche zur Wahlbeteiligung von Jung- und Erstwählern (18 bis 24 Jahre) bei den NRW-Landtagswahlen im Jahr 2000 habe ich festgestellt, dass in Duisburg z.B. diese Wählergruppe in Stadtteilen mit struktureller Benachteiligung nur noch 17,2% der Jung- und Erstwähler zur Wahl gegangen sind. Fast 83% dieser Altersgruppe in den sozialen Brennpunkten boykottierten diese Landtagswahl. Hier zeigt sich mit aller Deutlichkeit, dass Armut immer auch ein politisches Problem für den Bestand der Demokratie ist.

Zurück zu sozialen Folgen in den Vierteln mit den „A-Gruppen“:

In den sogenannten Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf kann die Erosion traditioneller solidarischer Beziehungen in Familie und Nachbarschaft beobachtet werden.

„So tausche sich statistisch gesehen, die gesamte Bevölkerung des Stadtteils Gelsenkirchen-Schalke alle vier Jahre einmal aus, ohne das sich der Anteil der Sozialhilfeempfänger verändere.“ So wird Professor Peter Strohmeier bereits in einem Interview in der Süddeutschen Zeitung vom 7. Dezember 2002 zitiert.

In einem aktuellen Projektbericht von Strohmeier u.a. zum Thema „Soziale Kontextbedingungen der Stadtentwicklung“ aus dem Jahr 2008 werden die Projekte im Rahmen des Programms „Soziale Stadt“ evaluiert. Dieser Bericht bestätigt nochmals die lokalen Besonderheiten von Problemlagen in den jeweiligen Stadtteilen mit besonderem Erneuerungsbedarf. Im Bereich der Mobilität und Umzüge gehen die Daten kräftig auseinander: Es gibt Stadtteile mit einem Umzugsvolumen von jährlich mehr als 25%, während andere Stadtteile ein Umzugsvolumen von unter 10% aufweisen. Die Wohndauer in einem Sozialraum gilt als erklärungskräftige Variable für das Ausmaß von Netzwerken und Nachbarschaften.

In Anbetracht solcher Auflösungsprozesse im Bereich der Nachbarschaftskultur steht unsere stadtteilorientierte Kinder- und Jugendarbeit/Jugendpolitik vor einer weiteren Herausforderung. Die Entwicklung von Selbsthilfe und Eigeninitiative bei den betroffenen in Armut lebenden Zielgruppen ist wesentlich erschwert. Aus diesem Grund benötigen wir dringend eine Wiedergeburt der Stadtteilarbeit oder Gemeinwesenarbeit, wie sie einmal in den siebziger und achtziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts praktiziert wurde, und zwar als politische Stadtteilarbeit und nicht nur als Sozialarbeit vor Ort.

Eine zentrale Rolle in der Bekämpfung von Armut spielt die Bildung. Auch in Essen erreichen viel junge Menschen nicht den Hauptschulabschluss der Klasse 10. Im Schuljahr 2006/2007 waren es 825 von 6.744 Schulabgänger, die es nicht schafften. D.h. 12,2% dieses Schuljahrgangs waren davon betroffen, damit liegt Essen über dem Durchschnitt von NRW.

Wenn die einzelnen Gruppen, getrennt nach Inländer und Ausländer betrachtet werden, verschärft sich diese Situation erheblich.

Der Städtevergleich zeigt, dass es in den einzelnen Städten unterschiedliche Förderpotentiale für Jugendliche gibt. Sie verweisen auf lokale Besonderheiten in der Förderung. Hier gilt es, lokal bezogene Förderstrategien zu entwickeln. Die Entwicklung

kommunaler Bildungslandschaften gewinnt damit erheblich an Bedeutung. Ziel dieser Entwicklung kommunaler Bildungslandschaften muss es sein, z.B. die Kinder- und Jugendarbeit als Bildungsort zu profilieren.

Resümee:

Wir brauchen in jeder Stadt „Runde Tische“ zum Thema Armut von Kindern und Jugendlichen. Die armen Jugendlichen gehören unbedingt mit ins Boot.

Wir brauchen eine regelmäßige Berichterstattung zum Thema, nicht nur zum Thema Analyse, sondern auch zum Thema „Wirksame Maßnahmen“.

Wir brauchen in den Treffpunkten, Einrichtungen, Beratungsstellen und Schulen eine förderliche positive Atmosphäre, eine förderliche Kultur des Miteinanderumgehens, die dazu geeignet ist, die negativen Folgen der Armut für das einzelne Kind und den einzelnen Jugendlichen abzumildern.

Sowohl die Ergebnisse der KIGGS-Studie als auch weitere Studien verweisen darauf, dass für das Wohlergehen und die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen Schutzfaktoren eine zentrale Rolle spielen. Zu den protektiven Faktoren zählen neben den personalen Ressourcen (Selbstbewusstsein, soziale Kompetenz, intellektuelle Begabung etc.) und den familiären Ressourcen (familiärer Zusammenhalt, Anregung und Förderung durch die Eltern, verständnisvoller Umgang der Eltern untereinander etc.) auch die sozialen Ressourcen, die verfügbare Unterstützung im sozialen Umfeld. Gerade für Kinder und Jugendliche, die von materieller Armut betroffen sind, sind die familiären und sozialen Ressourcen von zentraler Bedeutung, also auch der Freundeskreis, die Nachbarschaft und die sozialen Einrichtungen sowie die Maßnahmen und Angebote der Kinder- und Jugendarbeit im Stadtteil.

Leider muss man feststellen, dass viele von Armut betroffene Kinder und Jugendliche diese sozialen Ressourcen nicht nutzen können, weil

es in ihrem Stadtteil (15 minütige fußläufige Erreichbarkeit) keine freizeitpädagogischen Einrichtungen gibt. Wie gesagt, hier gilt es offensiv an die Kommunalpolitik mit konkreten Forderungen nach Bedarfsdeckung heranzutreten.

Weiterhin müssen vor Ort auch die Rechte der Kinder und Jugendlichen nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz verwirklicht werden. Dazu gehört u.a. ein Wunsch- und Wahlrecht, d.h. die Angebote der Kinder- und Jugendarbeit müssen den Heranwachsenden die Möglichkeit bieten, unterschiedliche Werte und Weltanschauungen kennen zu lernen. Das gehört zu einer Demokratie, in der die Jugendverbände die „Werkstätten der Demokratie“ sind.

Aufgrund neuer wissenschaftlicher Untersuchungen wissen wir, dass auch Jugendverbände eine ganz wichtige Rolle im Übergang von Schule zum Beruf spielen. Wir wissen weiterhin, dass junge Menschen, die sich in Jugendverbänden engagieren, eine Menge an Fähigkeiten ausbilden, die sie in ihrem späteren Leben z.B. im Beruf und in ihrer individuellen Lebensgestaltung nutzen werden.

Deshalb müssen die Jugendverbände aus Gründen der politischen Bildung und Aufklärung gestärkt werden.